werden wird, läßt die Luftverteidigung Großbritanniens, verglichen mit der anderer Mächte, in einer noch ungünstigeren Lage als gegenwärtig erscheinen. Der Haushalt fordert die Mittel für drei neue Geschwader (jedes Geschwader hat in der Regel 12 Flugzeuge). Hierdurch wird die königliche Luftstreitmacht auf 45 Geschwader verstärkt, womit sie aber noch immer um sieben Geschwader unter der Grenze zurückbleibt, die in dem vor 11 Jahren abgegebenen Gutachten als Mindestgrenze für die Sicherheit des Landes bezeichnet wurde. Inzwischen verstärken andere Mächte, besonders die Vereinigten Staaten, Frankreich, Japan und Sowjetrußland, ihre Luftstreitkräfte in größerem Maße. Aber die britische Regierung bleibt entschlossen, alles zu unterlassen, was im Auslande falsch ausgelegt werden könnte.

„Morningpost" beklagt die beunruhigende Schwäche der britischen Kriegsflotte. Ein heute veröffentlichtes Blaubuch über die Kriegsflotten der Welt veranlaßt das Blatt, den Nachweis zu versuchen, daß die britische Flotte weit hinter den anderen Kriegsflotten der Welt zurückbleibe. Im Jahre 1936 bei Ablauf des Londoner Flottenvertrages werde Großbritannien z. B. nur drei oder vier nichtveraltete Schlachtschiffe gegenüber 8 der Vereinigten Staaten und 5 Japans besitzen. An Kreuzern werde es 1935 nur die Hälfte der erforderlichen Mindestzahl besitzen: Auch die Zahl der veralteten Fahrzeuge unter den Zerstörern sei beunruhigend hoch. Die britische Nation müsse von dem Irrtum lassen, daß die Sicherheit in Abrüstungsverträgen und im Völkerbund liegen könne.

Außenpolitischer Kurswechsel in England?

Der englische Botschafter in Paris Lord Tyrrell, dessen Rücktritt in allen internationalen diplomatischen Kreisen die größte Ueberraschung hervorgerufen hat, ist kaum aus Altersgründen von seinem Amte entfernt worden. Er hatte zwar die offizielle Altersgrenze von 65 Jahren schon um 2 Jahre überschritten, aber die englische Regierung hätte sich schwerlich gerade in diesem Augenblicke zu einer Umbesetzung des Pariser Botschafterpostens entschlossen, wenn nicht zwingende sachliche Gründe dafür gesprochen hätten. Sie sind nicht schwer zu finden.

Als Lord Tyrrell vor einigen Jahren das Londoner Außenministerium verließ und die Pariser Botschaft übernahm, da geschah es in einem Augenblick, als die englische Politik wieder völlig in das französische Lager zurückschwenkte. England hat in der Nachkriegszeit zwar wiederholt den Versuch gemacht, die Bande der Abhängigkeit zu lockern, in denen es sich gegenüber Frankreich rein machtpolitisch wenigstens in den europäischen Fragen befand. Die von Lord Tyrrell vertretene Richtung war die der engsten Zusammenarbeit mit Frankreich. In diesem Punkte verfolgte Lord Tyrrell genau die gleiche Linie wie Austen Chamberlain. In der englischen Diplomatie hat von jeher eine starke Strömung bestanden, die unter allen Umständen an dieser englisch-französischen Zusammenarbeit festhalten wollte.

Wir werden selbstverständlich die unmittelbaren Vorgänge für diesen aufsehenerregenden Schritt der englischen Regierung nicht erfahren. Aber die Vermutung liegt nahe, daß der Großsiegelbewahrer Unterstaatssekretär Eden bei seinem letzten Pariser Besuch sich durch die Anwesenheit und Tätigkeit Lord Tyrrells in seinen Absichten gehemmt gefühlt hat. Ist dies richtig, dann darf man weiter schließen, daß die englische Politik gegenüber Europa sich künftig in etwas freieren Formen bewegen wird als bisher, eine Tatsache, die bedeutsame Auswirkungen haben kann. Es ist verständlich, wenn die französische Oeffentlichkeit den Rücktritt des englischen Botschafters bedauert. Gerade im gegenwärtigen Augenblick, in dem eine Entscheidung über die Abrüstungsfrage heranreift, ist dies zweifellos kein Sieg der französischen Politik. Auch beweist die Wahl des Nachfolgers, des englischen Botschafters in Brüssel, Sir George Russell Clerk, daß England in den Fragen des europäischen Kontinentes künftig eine ganz bestimmte politische Linie einzuhalten beabsichtigt. Uebrigens wird in zahlreichen englischen Zeitungen auch der Rücktritt des Außenministers Sir John Simon als demnächst bevorstehend angekündigt.

Französische Kritik an der geforderten Auslandsdivisionen „Stoßtruppe".

Paris, 27. Febr. (Eig. Funkmeldg.) Die Forderung des „Echo de Paris", die Regierung möge ein besonderes Berufsheer schaffen, das überall dort eingesetzt werden könne, wo Frankreichs Politik eine militärische Unterstützung benötige, wird von der „Republique" als äußerst gefährliches Spiel des französischen Nationalismus bezeichnet. Man würde damit zu der Formel des früheren Ministers Millrand zurückkehren, daß Frankreich der Bankier der Rüstungsindustrie der Kleinen Donau- und Balkanstaaten sei. Es sei zu befürchten, daß diese Formel in England und in den Vereinigten Staaten eine Front gegen Frankreich schaffen würde. Frankreich habe niemals, nicht einmal nach dem Kriege, England für eine gemeinsame Aktion zur Unterstützung der Kleinen Entente gewinnen können. Jetzt im Jahre 1934 allein aus eigener Kraft das verwirklichen zu wollen, was sich 1920 als unmöglich herausgestellt habe, sei einfach Wahnwitz. Der Verfasser des Artikels sei sicher das Sprachrohr des Generals Weygand.

Vernichtendes Urteils Borahs über Versailles.

„Geist der Rache und des Raubes."

Paris, 27. Februar. (Eig. Funkmeld.) **Der amerikanische Senator Borah, früherer Vorsitzender des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, hat kürzlich, wie die „Chikago Tribune" berichtet, im amerikanischen Senat ein vernichtendes Urteil über den Versailler Vertrag gefällt. Borah wandte sich gegen die von gewissen englischen Kreisen vertretene Auffassung, daß die Nichtratifizierung des Vertrages durch die Vereinigten Staaten an dem Chaos in Europa schuldig sei. Eine Ratifizierung des Versailler Vertrages durch Amerika, so sagte er, hätten die verheerenden und demoralisierenden Wirkungen der Vertragsbestimmungen für Politik und Wirtschaft nicht hindern können. Der Vertrag sei die Verkörperung des Geistes der Rache und des Raubes. Er habe den Frieden und die Wiedergesundung Europas den imperialistischen Interessen einiger weniger Siegerstaaten geopfert.**

Politische Zusammenstöße in Paris.

Paris, 26. Febr. (Drahtb.) Zwischen den patriotischen Verbänden des 20. Pariser Bezirks, die sich, wie gemeldet, zu einer Einheitsfront zusammengeschlossen haben, und Kommunisten kam es am Montagabend zu schweren Zusammenstößen. Die Kommunisten versuchten eine Versammlung der patriotischen Verbände zu stören, indem sie die Scheiben des Versammlungsraumes einwarfen. Es entwickelte sich eine regelrechte Straßenschlacht, bei der zahlreiche Personen verletzt wurden. Ein Kommunist ist seinen Verletzungen im Laufe der Nacht erlegen. Die Polizei, die die Ruhe nur nach langen Bemühungen wieder herstellen konnte, nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Der Korruptionssumpf in Frankreich.

Als in den ersten Februartagen die Demonstrationen in Paris die Bevölkerung in Unruhe versetzten, war es namentlich der Ruf der Demonstranten „Nieder mit den Dieben!", der immer wieder von neuem die Erregung aufstachelte. In der Tat traf hier die Volksstimme das Richtige. Denn überblickt man die Ereignisse der letzten zwei Monate, die alle mehr oder minder mit dem Stavisky-Skandal im Zusammenhang stehen, kommt man wirklich zu dem Schluß, als ob gewisse Teile der französischen Verwaltung, im besonderen der Justiz, aus einer auf Gedeih und Verderb miteinander verbundenen Gesellschaft von Dieben und Hehlern bestehen. Das mag zunächst etwas hart und ungerecht klingen. Aber wie soll man die Dinge beim richtigen Namen nennen, wenn man immer wieder von neuem sieht, daß Akten, Protokolle, Dokumente, Quittungen usw. urplötzlich verschwinden. Schon heute ist es doch wirklich nicht mehr möglich, den Stavisky-Fall aktenmäßig zu rekonstruieren. Man erinnert sich vielleicht noch, daß in den letzten Tagen der Name der Sängerin Rita Georg auftauchte. Jetzt stellt sich heraus, daß auch die Papiere, die mit ihr in irgendeinem Zusammenhang stehen, plötzlich verschwunden sind. Da doch nur amtliche Persönlichkeiten an die Akten herankönnen, muß in ihrem Kreise der Täter zu suchen sein. Wahrscheinlich ist es aber nicht nur einer, sondern eine ganze Menge, die Hand in Hand arbeiten, und sich gegenseitig die Möglichkeit zuspielen, kompromittierende Papiere zu beseitigen. Das Schlimmste von allem ist aber der Mord von Dijon, bei dem ein hoher Richter kaltblütig beseitigt wurde, nur damit man aus seiner Aktenmappe gefährliche Papiere entwenden konnte.

Das Bedauerlichste ist aber, daß man das Gefühl hat, die französische Polizei und die zur Verfolgung von Verbrechern berufenen Behörden gehen gar nicht einmal ernstlich an die Verfolgung der Täter und an die Aufklärung der Verbrechen. Es ist ein einziger großer Korruptionssumpf, der einmal gründlich trocken gelegt werden muß, wenn nicht das Verbrechen zu einer dauernden Gewohnheit werden soll.

Neue Namen im Stavisky-Skandal.

Paris, 27. Febr. (Eig. Funkmeldg.) Wie die Pariser Morgenpresse meldet, soll auch der Schriftsteller Josef Kessel im Stavisky-Skandal verwickelt sein, und zwar soll er 70 000 Francs bezogen haben. „Petit Parisien" berichtet, Susanne Blum, eine Verwandte des Sozialistenführers Leon Blum, sei von Stavisky mit einem Scheck über 10 000 Francs bedacht worden.

„Le Jour" und andere rechtsstehende Blätter behaupten, die 1. Sitzung des Stavisky-Ausschusses habe ergeben, daß die früheren Minister De Mozie und Hesse gewisse Schritte unternommen hätten. Weiter versuche man, die Namen von 29 Abgeordneten festzustellen, die nach den Wahlen von 1925 von Stavisky beglückwünscht worden seien.

Frankreichs neuer Marokkofeldzug.

Paris, 27. Febr. (Eig. Funkmeldg.) Die militärischen Operationen in Marokko haben lebhaften Protest der sozialistischen und kommunistischen Presse hervorgerufen. Insgesamt sollen 11 000 Quadratkilometer nicht unterworfenen Gebiets im äußersten Südwesten besetzt werden. Zu diesem Zweck sind 30 000 Mann eingeborener Schützen eingesetzt worden, deren Vormarsch durch eingeborene Hilfstruppen, durch Artillerie, Pioniere und Fliegerabteilungen unterstützt wird. Der Feldzugsplan sieht vor, daß die Truppen in 2 Kolonnen unter der Leitung der Generäle Catroux und Giaud eine Art Umzingelungsmanöver durchführen, um die auf diesen Gebieten zeltenden Stämme zu unterwerfen. Die auf dem rechten Flügel eingesetzten Truppen sind in den letzten Tagen 70 Kilometer vorgestoßen, ohne nennenswerten Widerstand zu finden. Am Montag ist bei den Operationen auf französischer Seite ein eingeborener Schütze gefallen.

Protestversammlung der polnischen Minderheit Litauens.

Warschau, 27. Febr. (Eig. Funkmeldg.) In Wilna fand eine Protestversammlung von Polen aus Litauen statt. Wegen der Verfolgung der dortigen polnischen Minderheit wurden scharfe Entschließungen gegen Kowno gefaßt. Die Polen in Litauen werden aufgefordert, im Kampfe gegen den verblendeten litauischen Chauvinismus an ihrem Volkstum festzuhalten. Die polnische Regierung wird gebeten, kein Mittel unversucht zu lassen, das schwere Los der polnischen Minderheit in Litauen zu erleichtern und wird aufgefordert, Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Die Kämpfe um Kaschgar.

Peking, 27. Febr. (Eig. Funkmeldg.) Die Kämpfe zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen in chinesisch Turkestan dauern an. Kaschgar hat mehrfach den Besitzer gewechselt. Die aufständischen Truppen haben gegenwärtig noch einen Teil besetzt. Die Lage der chinesischen Regierungstruppen wird als bedrohlich bezeichnet. Bei den Kämpfen um die Stadt Kaschgar sollen nach halbamtlichen chinesischen Meldungen über 300 Zivilpersonen, Kinder und Frauen von verirrten Kugeln getötet worden sein.

Die monarchistische Agitation in Oesterreich.

Eine bezeichnende Begleiterscheinung der gegenwärtigen Entwicklung in Oesterreich ist es, daß die sogenannte „Kaisertreue Volkspartei", die unter der Führung von Oberst Wolf steht, und die bisher wie ein Veilchen im Verborgenen blühte, jetzt eine offene Agitation für die Rückkehr der Habsburger und für die Inthronisierung des „Kaisers" Otto betreibt. Der Ausgangspunkt dieser Agitation ist die Absicht der Regierung Dollfuß, in Oesterreich die Gesetze gegen den Adel und gegen das Haus Habsburg wieder aufzuheben, die seinerzeit von der ersten nachrevolutionären Regierung eingeführt worden waren. In der südslawischen und ungarischen Presse wird sogar die Behauptung aufgestellt, daß Fürst Starhemberg bei seinem letzten Besuch in Brüssel die Absicht gehabt habe, den präsumtiven Thronfolger Erzherzog Otto mit einem Flugzeug nach Oesterreich zu führen und dort die Monarchie durch einen Putsch aufzurichten. Aber die belgische Regierung habe gewisse Vorsichtsmaßregeln getroffen, um die Uebersiedlung des Erzherzogs Otto mittels Flugzeug nach Wien zu verhindern. Die ungarischen Zeitungen lassen sich in dieser Auffassung auch nicht durch die Ableugnung aus Wien irre machen.

Wenn jetzt in der deutsch-feindlichen Auslandspresse das Gerücht von Grenzzwischenfällen an der bayerisch-österreichischen Grenze kolportiert wird, so muß die Verbreitung so unsinniger Behauptungen als der Versuch angesehen werden, von den hinter den Kulissen spielenden Ereignissen abzulenken. Sogar die Wiener Regierung mußte feststellen, daß an der Grenze zwischen Deutschland und Oesterreich überhaupt nichts vorgekommen ist, und daß die in der Auslandspresse erwähnten Truppenbewegungen einen ganz einfachen Grund haben: Die Grenztruppen; die bei den Unruhen in Wien gebraucht worden waren, werden jetzt wieder an ihre Standorte zurückgeführt.

„Wo ist die Heimwehr?"

dnb. **London**, 26. Februar. Die englische Tagespresse beschäftigt sich wieder lebhaft mit der Lage in Oesterreich und besonders mit der Heimwehr. Allgemein wird die Frage gestellt: Wo ist die Heimwehr? Reuter meldet, es sei sicher, daß 4000 Heimwehrtruppen verschiedene Punkte der oberösterreichischen Grenze erreicht haben. Die Blätter geben vier verschiedene Gerüchte wieder, wonach die Heimwehr erstens an der deutsch-österreichischen Grenze zusammengezogen werde, zweitens sich zu einem Marsch auf Wien vorbereite, drittens Erzherzog Otto an der schweizerischen Grenze abholen und nach Wien begleiten wolle, und viertens, daß Major Fey seine Streitkräfte von der Hauptstadt fernhalte, um einem Versuche der Regierung, diese zu entwaffnen, vorzubeugen.

Oesterreichs künftiger Bundespräsident?

Fürst Schönburg-Hartenstein,
der bisherige Staatssekretär für das Heereswesen, der den legitimistischen Kreisen nahesteht, wird als Nachfolger des österreichischen Bundespräsidenten Miklas genannt. Miklas' Rücktritt soll unmittelbar bevorstehen, da der Bundespräsident durch die Ereignisse der letzten Wochen anscheinend schwer erschüttert ist.

Keine kriegerischen Verwicklungen wegen Oesterreich.

London, 27. Februar. (Eig. Funkmeldg.) **Zur österreichischen Frage schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph": Nach dem Urteil der meisten diplomatischen Beobachter in Zentraleuropa bestehe keine unmittelbare Gefahr eines bewaffneten internationalen Konflikts in der österreichischen Frage. Weder Deutschland noch Italien noch Südslawien, noch die Tschechoslowakei wünschten Oesterreichs Grenzen zu verletzen.**

Zwei führende österreichische Sozialdemokraten verhaftet.

Wien, 26. Februar. In der Gemeinde Mautern in Steiermark wurde in einer Köhlerhütte der Schutzbundführer und frühere Bürgermeister von Sankt Michael, Klingbacher, verhaftet. Er war einer der militärischen Leiter des Aufruhrs. Der seit dem 12. d. M. vermißte sozialdemokratische Bürgermeister von Johnsdorf in Kärnten, Nationalrat Horvater, ist im Orte Buchholz verhaftet worden.

Auch die österreichische Sozialdemokratie verschiebt Gewerkschaftsgelder ins Ausland.

dnb. **Wien**, 26. Februar. Die Untersuchung gegen die aufgelöste sozialdemokratische Arbeiterbank hat ergeben, daß von der Leitung der Bank in letzter Zeit für 5 Millionen Schilling Gewerkschaftsgelder durch Ankauf ausländischer Wertpapiere bei ausländischen Banken ins Ausland gebracht worden sind und auf Grund von Akreditivbriefen der Arbeiterbank von geflohenen Gewerkschaftsfunktionären zum Teil bereits abgehoben worden sind. So hat der geflüchtete Obmann der Eisenbahnergewerkschaft bei einer Züricher Bank das gesamte Konto der Eisenbahnergewerkschaft in Höhe von 1,8 Millionen abgehoben.

Die Polizei hat ferner eine Reihe von Geheimkonten der sozialdemokratischen Partei, insgesamt 4 Millionen Schilling, beschlagnahmt. Gegen die verantwortlichen Leiter der